

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Öffnet sich Französisch-Afrika dem Auslandskapital?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1955) : Öffnet sich Französisch-Afrika dem Auslandskapital?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 12, pp. 679-680

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132199>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

beweisen, daß man sich nicht überall im Westen über den Ernst der Lage im klaren ist.

Die USA leisten an Hilfe im südostasiatischen Raum unendlich viel, nicht nur von offizieller Seite, sondern auch über private Organisationen wie hauptsächlich durch die „Ford Foundation“ oder im Rahmen des Colombo-Plans, zu dessen Erfolg auch die anderen Mitglieder wie Großbritannien, Kanada, Australien und selbst das kleine Neuseeland erheblich beisteuern. Aber der Westen hat — merkwürdigerweise — noch nicht den Wert der „Publicity“ und der „Public Relations“ erkannt, was im Falle Amerikas um so erstaunlicher ist, als es in seinem Information Service einen großen Apparat aufrechterhält.

In diesem Zusammenhang sei auch die Bundesrepublik erwähnt. Krupp-Demag bauen in Gemeinschaft mit der indischen Regierung ein Stahlwerk. Das weiß man, weil von den zuständigen Behörden hin und wieder aufklärende Mitteilungen an die Presse gegeben werden. Aber es ist wohl nur den mit diesem Projekt in direkter Beziehung stehenden Personen bekannt, daß der neue große Hafen von Kandla, der den an Pakistan verlorenen Hafen von Karatschi ersetzen soll, von Deutschen angelegt wird. Wer erfährt, daß an die zehn Frachtdampfer für indische Schiffahrtsgesellschaften von deutschen Werften gebaut und mit deutschen Maschinen ausgerüstet worden sind und werden? Hin und wieder erscheint darüber eine kleine Notiz an obskurer Stelle in einer Zeitung, aber das ist alles. Deutsche Firmen bohren in 2700 m Höhe im Himalaja-Vorland einen Tunnel durch den Banihalberg, um eine auch im Winter

benutzbare Verbindung mit Kaschmir herzustellen. Kaum hört man davon. Den bedeutendsten Auftrag, der je in Indien auf dem Gebiet der Zuckerfabrikation gegen schärfste ausländische Konkurrenz gleichzeitig für die Errichtung von drei großen Betrieben vergeben worden ist, konnte eine westdeutsche Firma buchen. Kein Sterbenswörtchen davon bringt die indische Presse. Die Beispiele ließen sich vervielfachen.

Auf die immense Wichtigkeit dieser hier angeschnittenen Probleme mußte schon deswegen hingewiesen werden, weil allein in Indiens zweitem Fünfjahresplan, der am 1. April 1956 anläuft, Ausgaben von etwa 50 Mrd. Rupien vorgesehen sind, von denen ein großer Teil für Auslandsaufträge verwandt werden wird. Auch die übrigen Länder Südostasiens bereiten ihre Pläne vor. (Ceylon z. B. einen Sechsjahresplan), für deren Verwirklichung erhebliche Bestellungen in hochindustrialisierten Staaten des West- oder Ostblocks placiert werden müssen.

Die weltpolitischen Spannungen mögen vielleicht nach dem Juli-Treffen der „Großen Vier“ etwas nachgelassen haben, obwohl der Verlauf der Besprechungen der vier Außenminister in Genf die Größe der Kluft zwischen Ost und West nur allzu deutlich gezeigt hat. Der kalte Wirtschaftskrieg jedoch ist auf der ganzen „Bandung-Linie“ entbrannt. Je eher der Westen seine konsolidierten Maßnahmen zur Verteidigung oder zum Gegenangriff trifft, desto besser wird es für ihn sein. Denn die richtige Einschätzung und nicht die Unterschätzung des Gegners hat sich bisher in jedem Konflikt als die notwendige Voraussetzung für den Sieg erwiesen.

Alfred Frisch, Paris:

Öffnet sich Französisch-Afrika dem Auslandskapital?

Politische Spannungen und blutige Unruhen sind nicht geeignet, die europäische Bereitschaft für ausgedehnte Investitionen in den afrikanischen Gebieten der Französischen Union zu ermutigen. Wenn auch Zentralafrika im Gegensatz zu den arabischen Gebieten des Nordens vorläufig noch ruhig ist, so liegt doch die Befürchtung nahe, daß auch dort mehr oder weniger bald Erschütterungen eintreten, zumal es in Kamerun und in Westafrika unlängst bereits zu Zwischenfällen mit nicht ganz klaren Hintergründen kam. Trotzdem bleibt Französisch-Afrika wirtschaftlich aktuell, trotzdem darf man seine zukünftigen Möglichkeiten nicht vernachlässigen; denn seine Reichtümer müssen in der einen oder anderen Form ausgenutzt werden, als Voraussetzung für den sozialen Aufstieg seiner Bevölkerung und damit auch der langfristigen politischen Stabilität. Ein Vakuum ist auf die Dauer dort schwer vorstellbar. Erfüllt Frankreich, unterstützt von seinen europäischen Partnern, nicht seine wirtschaftliche Mission, wird es unweigerlich durch andere Kräfte ersetzt, seien es die USA, sei es die Sowjetunion. Das Risiko wirtschaftlicher Passivität und reservierter Gleichgültigkeit gegenüber dem afrikanischen Investitionsbedarf ist größer als das Risiko von Unruhen, die sich vorläufig allein gegen das politische Übergewicht

Frankreichs richten und nach wiederholten Erklärungen der arabischen Nationalisten keineswegs gegen eine ausgedehnte europäische Kapitalbeteiligung.

Es wäre verhängnisvoll, die wirtschaftliche Bedeutung Afrikas für die europäische Zukunft zu unterschätzen. Der Verlust des Kontinents geht nicht Frankreich allein an, er würde ganz Europa eines wichtigen Hinterlandes berauben und möglicherweise einer verhängnisvollen wirtschaftlichen und bald auch politischen Ostorientierung den Weg ebnen. Mit den französischen Bemühungen um eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse sollten daher ausgedehntere europäische Investitionsbestrebungen vorwiegend privater Art Hand in Hand gehen. Es darf als sicher gelten, daß sie, besonders in Nordafrika innerhalb der arabischen Welt, auf ein günstiges Echo stoßen. Allerdings muß man sich endgültig von der allzu verbreiteten Meinung loslösen, die europäische Zusammenarbeit in Afrika betreffe vorwiegend die Ausnutzung von Absatzgebieten, d. h. die Steigerung des Handels. Im Vordergrund haben Investitionen zu stehen. Europäische Händler erinnern die eingeborene Bevölkerung viel zu stark an die Kolonialzeit. Die afrikanischen Länder wollen und müssen natürlich einen Großteil ihres Bedarfs im Auslande decken, sie erwarten jedoch von den europäischen Län-

dern die für die Hebung ihres Lebensstandards unentbehrlichen Investitionen in den Bergbau, die Verkehrswirtschaft, die Landwirtschaft und auch die verarbeitende Industrie.

Französisch-Afrika ist der deutschen Wirtschaft zu wenig bekannt. Vor dem zweiten Weltkrieg spielte es, von einigen wichtigen Rohstoffen abgesehen, im deutschen Afrikahandel nur eine untergeordnete Rolle, und in den ersten Nachkriegsjahren waren die britischen oder belgischen Besitzungen im schwarzen Erdteil den deutschen Geschäftsreisenden leichter zugänglich als die allzu mißtrauisch und antiwirtschaftlich gehüteten französischen Territorien. Inzwischen haben sich die Verhältnisse jedoch grundlegend geändert, und es wäre an der Zeit, daß Deutschland besonders in Zentralafrika eine gründliche Marktforschung durchführt, sowohl vom Handels- wie vom Investitionsstandpunkt aus. Oberflächliche Berichte vermitteln ein falsches Bild; allein an Ort und Stelle vermögen die verantwortlichen Personen die echten afrikanischen Gegebenheiten mit ihren Zukunftsaussichten zu beurteilen. Einreisebewilligungen werden neuerdings ohne größere Schwierigkeiten erteilt. Gewisse Vorbehalte bestehen lediglich für Kamerun und Togo, aber auch für diese Gebiete ist eine Lockerung festzustellen.

Wichtig ist der inzwischen eingetretene Wandel in der französischen Einstellung zur ausländischen Kapitalbeteiligung in Nord- und Zentralafrika. Bis in die jüngste Vergangenheit zeigte man sich in Paris und besonders im lokalen Verwaltungsapparat sehr stolz, stellte unannehmbare Bedingungen und verzögerte jede Entscheidung durch ein nur selten zum Abschluß kommandes Bewilligungsverfahren. Keine ausländische Beteiligung durfte 50 % des Gesellschaftskapitals übersteigen, einige Länder, darunter Deutschland, wurden sogar stillschweigend auf 25 % und weniger beschränkt. In den meisten Fällen konnten jedoch die erforderlichen 51 % französischen Kapitals nicht aufgetrieben werden. Darüber hinaus war man bemüht, bestimmte, keineswegs klar umschriebene Sektoren restlos der französischen Initiative zu überlassen. Diese Politik lähmte nach und nach sämtliche Privatinvestitionen und führte zur kostspieligen Verzögerung einer Reihe interessanter Projekte. Noch heute beschränkt sich in Marokko selbst die amerikanische Kapitalbeteiligung auf wenige Einzelfälle, bei völlig ungenügenden Auslandsinvestitionen in den übrigen Gebieten der Französischen Union. Dieser Zustand ist um so unerfreulicher, als sich das französische Kapital bevorzugt den Handelsgeschäften zuwandte und damit wenig für die Hebung der Kaufkraft der eingeborenen Masse tat.

1955 trat in dieser Beziehung ein grundlegender und wohl auch endgültiger Wandel ein. Nicht nur einige Minister, sondern auch die verantwortlichen hohen Beamten im Pariser Ministerium für überseeische Gebiete und in den lokalen Verwaltungen erkannten die engen Grenzen der nationalen französischen Möglichkeiten. Um einer verhängnisvollen Passivität zu ent-

gehen, beschloß man nicht nur die Erleichterung der ausländischen Investitionen, sondern auch eine zunächst noch diskrete Werbung um Auslandskapital. Die Regel der französischen Mehrheitsbeteiligung wurde fallengelassen, unter bestimmten Voraussetzungen können die zu gründenden internationalen Gesellschaften ein Sonderstatut mit langfristig garantierter Steuerermäßigung und dem Schutz vor störenden Ausfuhrabgaben erhalten. Wünschenswert wäre schon im Interesse der Verbesserung des allgemeinen Klimas eine wenigstens symbolische Beteiligung der eingeborenen Wirtschaft, sowohl was das Kapital wie die Zusammensetzung des Aufsichtsrates betrifft. In dieser Beziehung verhält sich Großbritannien in seinen Gebieten beispielgebend. Es erscheint angebracht, daß die zukünftigen europäischen Finanzgruppen in Afrika ihre französischen Partner zu einer ähnlichen, in die Zukunft blickenden Haltung veranlassen.

Neuerdings geht man im Hinblick auf die eigenen politischen Schwierigkeiten in Paris noch einen Schritt weiter und gibt den internationalen Beteiligungen in Nord- und Zentralafrika den Vorzug gegenüber ausschließlich französischen Investitionen. Man glaubt, daß die eingeborenen Kräfte europäische Gesellschaften zurückhaltender und verständnisvoller aufnehmen werden als französische Unternehmen. Eine erhebliche Rolle spielt ferner die Erkenntnis der Dringlichkeit einer konstruktiven wirtschaftlichen Aktion. Obwohl Frankreich in seinen überseeischen Gebieten seit Kriegsende mehr investierte, als es im Rahmen der Marshallplanhilfe je erhielt, obwohl seine Aufwendungen die von der Weltbank insgesamt seit ihrem Bestehen gewährten Kredite übersteigen, obwohl es dieser Aufgabe aus öffentlichen Mitteln jährlich rund 3 % seines Volkseinkommens widmet, bleibt eine erschreckend große Lücke zwischen der französischen Finanzkraft und dem Sofortbedarf eines überbevölkerten Nordafrika und eines stark zurückgebliebenen Zentralafrika.

Unter diesen Voraussetzungen finden jetzt ausländische Investitionsvorhaben ein grundsätzlich günstiges Echo. Selbstverständlich behalten sich die französischen Behörden weiterhin das Recht vor, die gesamtwirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Investitionen zu überprüfen, jedoch ohne die geringste nationalbedingte Veto-Absicht. Untergeordnete Widerstände sind allerdings nicht ausgeschlossen, zumal es nicht leicht ist, einen schwerfälligen und recht eigenwilligen Verwaltungsapparat in kurzer Frist von betont protektionistischer zu international liberaler Einstellung zu bringen. Diese Hindernisse können aber durch geeignete Interventionen in Paris unschwer beseitigt werden. Andererseits wäre es falsch, aus unglücklichen Erfahrungen der Vergangenheit allzu endgültige Lehren zu ziehen. Es gilt jetzt, das neue Klima auszubeuten und vor allen Dingen die unbestreitbaren europäischen Wirtschaftsverpflichtungen gegenüber Afrika im Interesse der europäischen Zukunft zu erfüllen.

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährl. DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,— oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, od. durch den Buchhandel